

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

INFORMATIONSFREIHEIT IN ITALIEN

Das Krisenjahr 2024 und die Zukunftsprognosen

Luca Bagnariol
Februar 2025



Zu den wichtigsten Fragen, die 2024 in Italien öffentlich diskutiert wurden, gehört die nach dem Zustand der Informationsfreiheit.



Aus Skandalen und Vorfällen, die die Rai (Italienischer Rundfunk – ausschließlicher Konzessionsnehmer für die Erfüllung der öffentlichen Rundfunkaufgabe) sowie die private Presse betrafen, ging hervor, dass das nationale Medienangebot aufgrund seiner jetzigen Struktur Gefahr läuft, immer stärker unter den Druck der Politik und der italienischen Wirtschaftskrisen zu geraten.



Aus internationalen Berichten wird deutlich, dass die Leser:innen gegenüber den nationalen Medien, die sich insgesamt ohnehin bereits in einer finanziellen Krise befinden, zunehmend misstrauischer werden. Nur wenn sich umfassende Reformen mit den Problemen der nationalen Medienlandschaft auseinandersetzen, kann die Lage besser werden.

Inhalt

DIE FÜHRUNGSSTRUKTUREN DER ITALIENISCHEN MEDIENLANDSCHAFT	2
KRISENJAHR 2024	3
SOZIALE MEDIEN: EIN NEUES TERRAIN	4
ZUKUNFTSPROGNOSEN	7
Referenzen	9

INFORMATIONSFREIHEIT IN ITALIEN

DAS KRISENJAHR 2024 UND DIE ZUKUNFTSPROGNOSEN

Unter den Fragen, die im vergangenen Jahr in Italien öffentlich diskutiert wurden, stand die nach dem Zustand der Informationsfreiheit im Mittelpunkt der nationalen politischen Agenda. Nicht umsonst widmet ihr der von der EU-Kommission verfasste Bericht über die Rechtsstaatlichkeit (d.h. der jährlich erscheinende Bericht, in dem die wichtigste EU-Institution ihre an die Mitgliedsstaaten gerichteten Empfehlungen und Bedenken zum Ausdruck bringt) ein langes Kapitel. Zu den Hauptthemen des Italien-Berichts 2024 der EU-Kommission gehören etwa die »Reform des Gesetzes über die üble Nachrede sowie des Berufsgeheimnisses und des Quellenschutzes« und die Stärkung der »Mechanismen zur Gewährleistung einer angemessenen Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe sowie zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit«. In ihren internationalen Berichten äußern auch Organisationen, die sich mit der Beobachtung der Informationssysteme in den verschiedenen Staaten befassen, ähnliche Bedenken. In der jährlich von *Reporter Ohne Grenzen* verfassten Weltrangliste der Pressefreiheit liegt Italien an sechsendvierzigster Stelle – 2023 lag es noch an einundvierzigster Stelle. Auch das *Centre for Media Pluralism and Media Freedom* äußert wachsende Sorge über den Druck seitens der Politik und der Wirtschaft auf die italienischen Medien.

Das Bild, das sich aus diesen Berichten ergibt, ist durchaus besorgniserregend: Der zunehmende politische Druck auf die italienischen Medien und die allgemeine Krise, die die Zeitungsverlage in den letzten zehn Jahren erfasste, verschärften weiterhin die bereits bestehenden strukturellen Mängel der italienischen Medienlandschaft (sowohl im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie auch in der privaten Presse). Um einen besseren Überblick über die jetzige Lage zu gewinnen, widmen wir uns nun kurz den Führungsstrukturen der Branche in diesen Bereichen.

DIE FÜHRUNGSSTRUKTUREN DER ITALIENISCHEN MEDIENLANDSCHAFT

Was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht sind zunächst die ab 1975 getätigten strukturellen Reformen der Rai zu erwähnen, die dazu führten, dass sich Parlament und Politik immer stärker in die Tätigkeiten der italienischen Rundfunksender einmischten. Die Rai-Reform von 1975 schuf den Parlamentsausschuss für die grundsätzliche Ausrichtung und Aufsicht des öffentlichen Rundfunks, durch den die Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von

der Regierung auf das Parlament übertragen wurde. Dies war der Anfang des Proporzsystems, demzufolge die politischen Kräfte die Rai-Sender aufgrund der jeweils letzten Wahlergebnisse untereinander aufteilten. 2015 stieg der Druck, den die Politik auf die Rai ausübt, erneut, als die Führungsstruktur der Aktiengesellschaft Rai reformiert wurde. Das Gesetz Nr. 220 veränderte die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, d.h. es reduzierte die Anzahl der Mitglieder von 9 auf 7. Abgeordnetenkammer und Senat bestellen vier Mitglieder, der Ministerrat (auf Vorschlag des Wirtschafts- und Finanzministers) weitere zwei. Demnach wird nur ein einziges Mitglied von der Personalversammlung bestellt. In seiner jetzigen Zusammensetzung besteht der Verwaltungsrat also überwiegend aus von der Politik bestellten Mitgliedern: Genau das erlaubt es den politischen Kräften, jedoch zum Nachteil des Mitspracherechts der Rai-Mitarbeiter:innen, einen immer stärkeren Einfluss auf das Radio- und Fernsehprogramm sowie auf die redaktionelle Politik der Rai zu gewinnen.

Die private Presse schlägt sich mit weitaus größeren Problemen herum. Im Laufe der letzten zehn Jahre verursachte ein allgemeiner Umsatzrückgang eine branchenweite Krise, die wiederum zum Einbruch der Werbeumsätze führte. Daraufhin sahen sich die reinen Verleger, die bis dahin an der Spitze der größten italienischen Zeitungen und Zeitschriften standen, zum Verkauf gezwungen: Von einigen großen Finanzkonzernen, deren politische und wirtschaftliche Interessen über die reine Verlagstätigkeit hinausreichen, wurden die wichtigsten Tageszeitungen des Landes aufgekauft. Ermöglicht wurden diese Übernahmen u.a. durch das Fehlen – sofern keine öffentlichen Ämter davon betroffen sind – einer gesetzlichen Regelung der Interessenkonflikte. Zu den wichtigsten Beispielen gehört die Übernahme von *GEDI Gruppo Editoriale*, Herausgeber u.a. von *La Repubblica*, *La Stampa* und *Il Secolo XIX*, durch *Exor* im April 2020: Die Familie Elkann übernahm das Unternehmen von der seit Jahrzehnten im Verlagswesen tätigen Familie De Benedetti. Ein weiteres Beispiel ist die Übernahme der wichtigsten unter den politisch dem Mitte-Rechts-Lager nahestehenden Zeitungen – *Libero*, *Il Giornale* (2023 von Familie Berlusconi übernommen) und *Il Tempo* – durch Gesundheitsmagnat und Lega-Senator Antonio Angelucci. In beiden Fällen führten die politischen-wirtschaftlichen Interessen der neuen Eigentümer zu einer starken Veränderung der Blattlinien der erstandenen Zeitungen. Eine weitere Folge dieser Umgestaltung der italienischen Mediengruppen war die Tatsache, dass viele neue Eigentümer, die Kosten einsparen wollten,

die in den Konzernen vorhandenen Lokalzeitungen an Unternehmensgruppen mit stark in den jeweiligen Erscheinungsregionen verankerten Interessen verkauften. Dieser Trend zeigt sich vor allem bei *GEDI*, die die im Nordosten Italiens erscheinenden Lokalzeitungen *Il Corriere delle Alpi*, *Il Piccolo*, *Messaggero Veneto – Giornale del Friuli*, *La Nuova di Venezia e Mestre*, *Il Mattino di Padova* und *La Tribuna di Treviso* an die Aktiengesellschaft *Nord Est Multimedia S.p.a.* verkaufte, ein Verlag an dem mehrere Unternehmer aus der Region, allen voran Enrico Marchi, dessen Aktiengesellschaft *Save* die Flughäfen von Venezia, Verona, Treviso und Brescia betreibt, beteiligt sind.

Diese Entwicklung am italienischen Verlagsmarkt wirkt sich stark auf die Tätigkeit der Redaktionen und auf ihre Unabhängigkeit aus: Zunehmend sind sie nämlich dem Einfluss ihrer Verleger ausgesetzt, die darauf bedacht sind, die Printmedien zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen einzusetzen.

KRISENJAHR 2024

Obwohl die eben erläuterten Entwicklungen der italienischen Presse bereits seit Jahren im Gange sind, stand die Lage der Medien 2024 mehr denn je im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, was vor allem auf eine ganze Reihe von Vorfällen zurückzuführen ist, die sich im Laufe dieses Jahres sowohl in der Rai wie auch in der privaten Presse ereigneten. Einer der aufsehenerregendsten betraf den Autor Antonio Scurati, der anlässlich der Feier des 25. Aprils in der von Serena Bortone moderierten Sendung *CheSarà* einen Monolog vorlesen sollte. Die Moderatorin selbst verriet, die Rai habe die geplante Lesung abgesagt, weil sich Scurati im Text kritisch gegen die Regierung Meloni äußerte und sie beschuldigte, sie wolle die »Geschichte umschreiben« und der Resistenza (antifaschistischer Widerstand) und ihren Werten ihre zentrale Bedeutung in der Republik Italien nehmen. Sowohl die Geschäftsleitung der Rai als auch die Ministerpräsidentin behaupteten jedoch, die Ereignisse hätten sich nicht so zugetragen, wie von Bortone und Scurati geschildert, und das Ganze sei nur ein Problem finanzieller Natur gewesen, da der Schriftsteller für seinen Monolog eine überhöhte Gage verlangt hätte. Diese Schilderung wiederum bestritten Bortone und Scurati. Der Autor stellte seinen Text der Sendung kostenlos zur Verfügung und die Moderatorin las ihn live vor. Die Kontroverse ging erneut los, als die Rai beschloss, die Moderatorin deswegen vorübergehend vom Dienst zu suspendieren und der Geschäftsführer Roberto Sergio sogar erklärte, man hätte sie direkt »feuern« sollen. Doch es war ein anderer Fall, der den italienischen Rundfunk am meisten erschütterte. Am 6. Mai rief die Gewerkschaft der Rai-Journalist:innen USIGRai einen 24-stündigen Streik aus, den sie in einem Kommuniké folgendermaßen begründete: »Wir streiken, um die Autonomie und Unabhängigkeit der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor der allgegenwärtigen politischen Einflussnahme zu schützen. Wir werden weiterhin für das Recht der Zuschauer:innen und Zuhörer:innen auf eine ausgewogene, zuverlässige und pluralistische Berichterstattung kämpfen. Wir

werden uns immer auf die Seite der Bürger:innen schlagen, denen die Rai gehört«. Es handelt sich um ein historisches Ereignis, da sich die Rai-Mitarbeiter:innen zum ersten Mal so entschlossen in der Diskussion über die politische Einflussnahme auf die Redaktionstätigkeit positionierten. Auch in diesem Fall ließ die Reaktion nicht auf sich warten: Die Geschäftsführung bestritt jegliche Form von Zensur und ermahnte die Gewerkschaft, keine Fake News zu verbreiten, die dem Ansehen der Rai schaden könnten. USIGRai fuhr dennoch fort und 75% der Rai-Journalist:innen schlossen sich dem Streik an. Doch gelang es der Unirai, der Gewerkschaft der politisch dem rechten Lager nahestehenden Rai-Mitarbeiter:innen, die Mindestanzahl an Journalist:innen aufzutreiben, um die Nachrichtensendungen Tg1 und Tg2 auch am Tag des Streikes auszustrahlen zu können – ein eindeutiger Versuch des Streikbruchs. Die Aktion bewirkte nichts anderes als eine noch hitzigere Diskussion über die Einflussnahme der Regierung Meloni auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Presse und Opposition bezeichneten die regierungsfreundliche Berichterstattung, die vor allem im Hauptsender des staatlichen Fernsehens zu sehen ist, als »Telemeloni«. Doch stand nicht nur die Nachrichtensendung Tg1 im Mittelpunkt der Diskussion: Auch der Nachrichtensender Rai News 24 wurde wegen seiner Berichterstattung anlässlich der französischen Parlamentswahlen vom 7. Juli heftig kritisiert. Die 22-Uhr-Nachrichten begannen nämlich mit einer Zuschaltung aus Pomezia mit dem Festival der Identitären Städte, an dem auch der Direktor Paolo Petrecca teilnahm, und der Bericht über die Ergebnisse des überraschenderweise von der Linkskoalition *Nouveau Front Populaire* gewonnenen zweiten Wahlgangs in Frankreich musste nach hinten rücken. Die Rai-News24-Redaktion reagierte mit einer starken Kritik an Petrecca: »Früher bemühte sich unser Sender bei ähnlichen Anlässen mit allen Mitteln, seinen Zuschauer:innen einen tadellosen Dienst zu erweisen. Eine Frage an den Direktor: Wie kann es sein, dass man einen anderen Hintergrundbericht ausstrahlt, während die gesamten europäischen Fernsehsender ihre Aufmerksamkeit auf die französischen Wahlen richten? Fast sollte man meinen, der Direktor ziehe es vor, das Debakel des rechten Lagers nicht allzu sehr ins Rampenlicht zu rücken. Petrecca hält es für angebracht, ausgerechnet an einem Tag wie heute über ein Ereignis zu berichten, mit dem ihn, so hat es ganz offensichtlich den Anschein, persönliche Interessen und Beziehungen verbinden. Ganz deutlich zeigt sich hier, was seit geraumer Zeit aus diesem Sender geworden ist. Es empört uns zutiefst«.

Die Debatte über die Rai ist weiterhin im Gange. Währenddessen nehmen in der privaten Presse die Beschwerden der Leser:innen zu, die einer parteiischen und ausschließlich von den wirtschaftlichen Interessen der Verleger geprägten Berichterstattung gegenüber immer weniger Verständnis zeigen. Eine der Fragen, die am meisten für Kontroversen sorgte, betrifft die Berichterstattung über die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen. Fast allen italienischen Tageszeitungen wird eine ausgeprägt israelfreundliche Berichterstattung vorgeworfen. Besonders kritisiert wird die Zeitung *La Repubblica* und zwar nicht nur von den Leser:innen, sondern auch von Redaktionsmitgliedern, wie etwa der

Journalist Raffaele Oriani, der eben aufgrund der Art und Weise, wie *Repubblica* über die Ereignisse im Gazastreifen berichtete, seine zwölfjährige Zusammenarbeit mit der Zeitung beendete. Warum er das tat, erklärte Oriani in einem Brief: »Was am 7. Oktober geschah, ist eine Schande für Hamas, was ab 8. Oktober geschah, ist eine Schande für uns alle. Das Massaker, das im Gange ist, ist nur deshalb möglich, weil es von den Medien unterstützt wird. Von den Medien, also von uns. Und weil ich keine Chance habe, daran irgendetwas zu ändern, bin ich jetzt, wenn auch viel zu spät, aus dem Ganzen raus«. Die Redaktion reagierte mit einem Kommuniqué, das Orianis Entscheidung zwar unterstützte, die Vorwürfe gegen die Blattlinie bzgl. des Konfliktes jedoch bestritt und die Kolleg:innen anderer Zeitungen darum bat, den Vorfall nicht zu instrumentalisieren. Dies veranschaulicht die schwierige Lage, in der sich diese traditionsreiche Zeitung und ihr Direktor Maurizio Molinari befinden. Molinari leitet weiterhin *Repubblica*, obwohl ihn die Redaktion am 8. April dieses Jahres eigentlich abgewählt hatte, weil er die Veröffentlichung der *Repubblica*-Beilage *Affari&Finanza* aufgrund eines Exor gegenüber kritischen Artikels auf der ersten Seite gestoppt hatte. Erst nachdem der beanstandete Teil geändert wurde, erlaubte der Chefredakteur die Veröffentlichung. Daraufhin beschloss die Redaktion, sich der Zensur und der Einmischung in die Redaktionstätigkeit zu widersetzen, indem sie dem Chefredakteur ihr Misstrauen aussprach. »Auf diese Weise wird die Unabhängigkeit aller *Repubblica*-Journalist:innen beeinträchtigt. Ein solcher Präzedenzfall stellt den Wert unserer Arbeit auch mit Blick auf die Zukunft in Frage«. Mit diesen Worten stellte die Redaktion die wiederholten Einmischungen der Eigentümer in ihre Tätigkeit an den Pranger.

Ein weiteres Zeichen des besorgniserregenden Zustandes der italienischen Medien ist das Fehlen von Vorschlägen zur Reform des Gesetzes über die üble Nachrede: Im Moment sind Journalist:innen sogenannten SLAPP-Klagen (*strategic lawsuit against public participation*) wehrlos ausgeliefert. SLAPP-Klagen haben das Ziel, sie einzuschüchtern und somit die Veröffentlichung unerwünschter Berichte über politische und wirtschaftliche Akteure zu verhindern. Eine der davon am meisten betroffenen Tageszeitungen ist das erst 2020 nach dem Verkauf der Gedi-Gruppe an Exor von Carlo de Benedetti gegründete Blatt *Il Domani*, das sich im Laufe der Zeit durch seine stark auf investigativen Journalismus ausgerichtete Blattlinie hervortat. Ein Großteil der italienischen Politik und Wirtschaft begegnete dem mit Abneigung. Bereits 2021 verlangte der unter staatlicher Kontrolle stehende Erdöl-Riese Eni von De Benedettis Zeitung 100.000 Euro Schadenersatz für die »Diffamierungskampagne« gegen den Hund mit sechs Beinen¹ und drohte damit, im Fall einer Ablehnung den Rechtsweg einzuschlagen. Dieses Jahr leitete die Staatsanwaltschaft von Perugia ein Ermittlungsverfahren gegen drei Journalisten von *Il Domani* wegen Anforderung und Entgegennahme vertraulicher Dokumente von einem Beamten sowie wegen des Verstoßes gegen das Ermittlungsgeheimnis durch Anforderung und Veröffentlichung

der in diesen Dokumenten enthaltenen Informationen ein. Den Anstoß für das Ermittlungsverfahren gab die nach der Veröffentlichung eines Berichtes über seinen mutmaßlichen Interessenkonflikt erstattete Anzeige des Verteidigungsministers Guido Crosetto, der dadurch die Quellen der veröffentlichten Informationen ausfindig machen wollte. Auf dem Spiel steht also das für den investigativen Journalismus grundlegende Recht auf die Vertraulichkeit journalistischer Quellen.

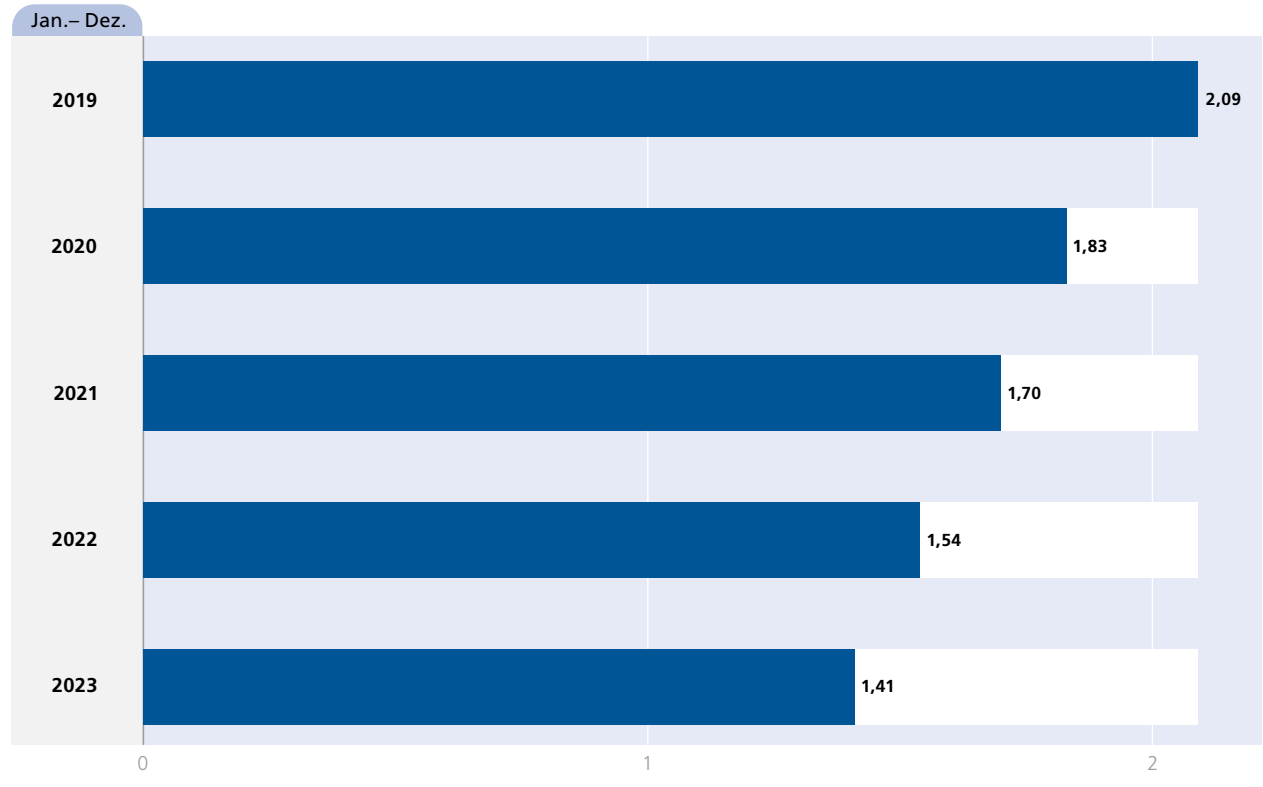
SOZIALE MEDIEN: EIN NEUES TERRAIN

Wie aus dem *Digital News Report* des *Reuters Institute* für das Jahr 2024 hervorgeht, wirkt sich das bisher Geschilderte entscheidend auf das Vertrauen der italienischen Bevölkerung in die Medien aus. Die im Auftrag des Studienzentrums für Journalismusforschung der Universität Oxford vom assoziierten Wissenschaftler Alessio Cornia durchgeführte Italienstudie stellt nämlich fest, dass nur ein Drittel der Studienteilnehmer:innen den Nachrichten Vertrauen schenkt. Die Vertrauenskrise betrifft die gesamte italienische Medienlandschaft: Für vertrauenswürdig halten die Leser:innen nur als eher unparteiisch geltende Medien, etwa Nachrichtenagenturen wie ANSA, eher der Mitte zuzuordnende Zeitungen wie *Il Corriere della Sera* bzw. *Il Sole 24 Ore* und reine Nachrichtensender wie *SkyTG24*. Nicht nur das Misstrauen, sondern auch das Desinteresse an den Nachrichten wächst: Nur 40% der Befragten geben an, tatsächlich an dem Tagesnachrichten-Angebot interessiert zu sein. Die Tendenz ist fallend – 2016 waren es noch 74% – und dies, obwohl 63% der Befragten angaben, die Nachrichten mehrmals täglich aufzurufen. Die Nachrichtennutzung der Italiener:innen ist im Wandel: Nur 4 von 100 Befragten gaben Presse und Hörfunk als Hauptnachrichtenquellen an (ein weiteres Zeichen der Krise der privaten Presse). Das Fernsehen bleibt jedoch nach wie vor das weitaus bevorzugte Informationsmedium (65% der Befragten). Diese Daten bestätigen für das Jahr 2023 auch das jährlich von der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (AGCOM) herausgegebene Observatorium für Kommunikation (*Osservatorio sulle comunicazioni*), das einen Umsatzrückgang von 9% für Print-Tageszeitungen im Vergleich zum Vorjahr feststellt.

Dass die sozialen Medien immer wichtiger werden, darf in dieser Hinsicht aber keineswegs überraschen: Sie werden von 39% der Befragten als Nachrichtenquelle und von 17% sogar als Hauptnachrichtenquelle angegeben. Als Nachrichtenquelle fassen soziale Medien im Rahmen des nationalen Medienangebots immer mehr Fuß. Dadurch sehen sich traditionelle Zeitungen, deren Lage immer kritischer wird, gezwungen, sich stilistisch den von Plattformen wie Instagram oder TikTok vorgegeben Formen und Inhalten anzupassen. Will man das Marktsegment der unter 35-Jährigen erreichen, ist eine solche Anpassung unumgänglich: Laut *Digital News Report* gaben die Befragten dieser Altersklasse die beiden Plattformen jeweils zu 25% und 12% als Hauptnachrichtenquelle an. Eine ganz bestimmte grafische Identität aufbauen; Bilder geschickt einsetzen, damit sie Hand in Hand gehen mit zunehmend ausgeklügelten Schlagzeilen,

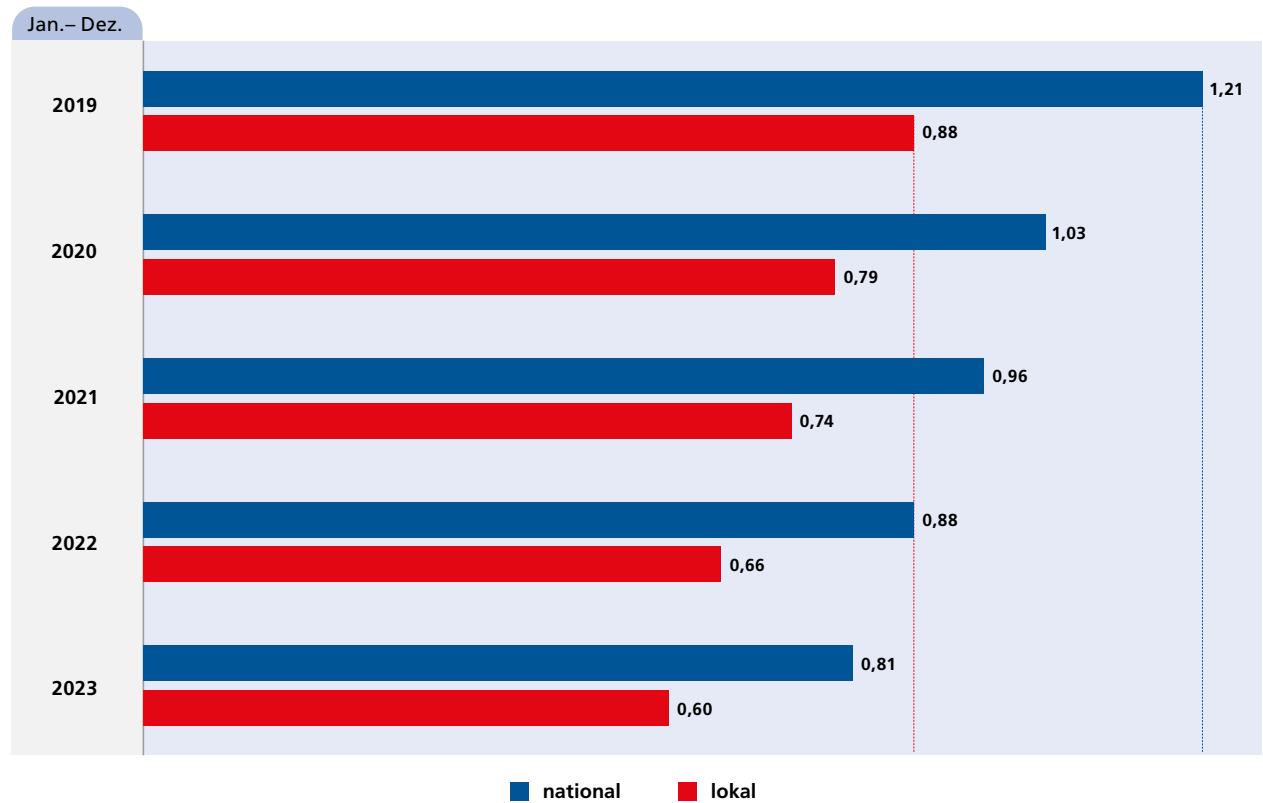
¹ Der Hund mit sechs Beinen ist das Symbol der ENI.

Abbildung 1
Tageszeitungen: Täglich Verkaufte Exemplare seit Jahresanfang. Tägliche Verkaufszahlen (Millionen verkaufte Exemplare)



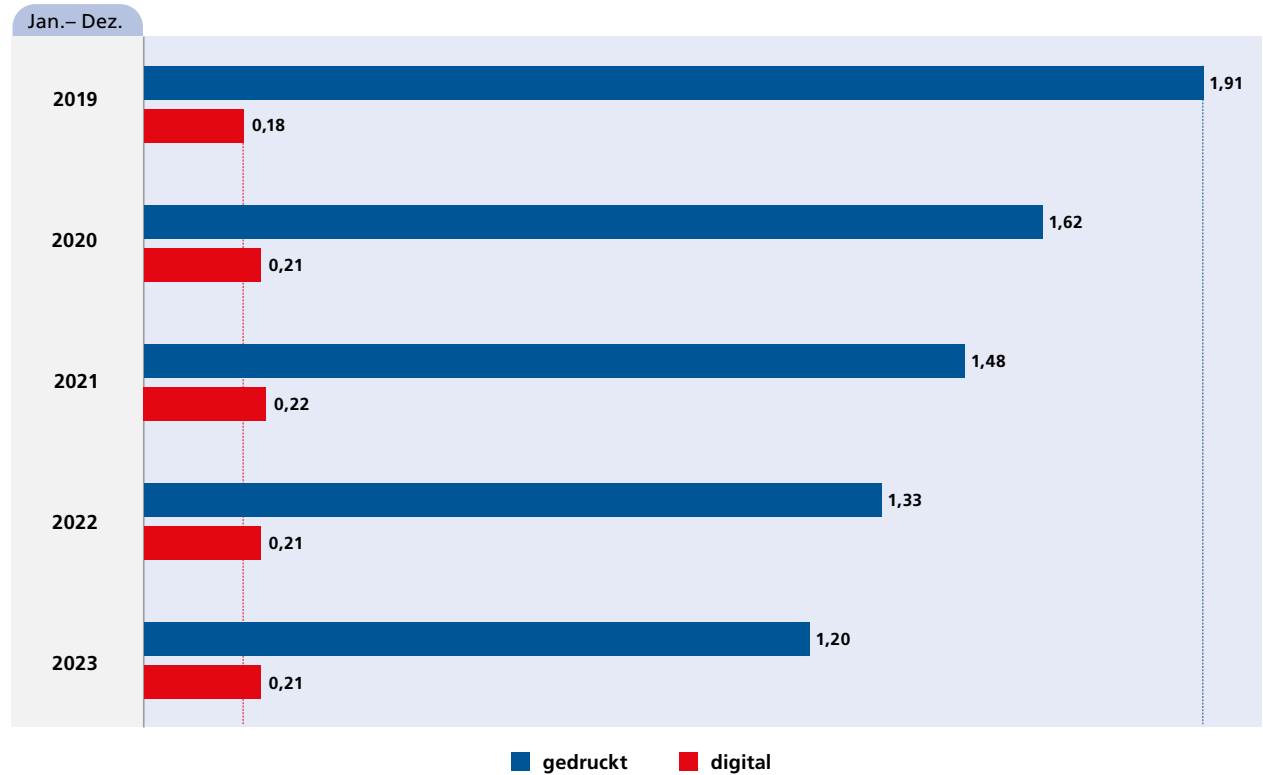
Quelle: Datenverarbeitung Aufsichtsbehörde auf der Grundlage der ADS-Daten

Abbildung 2
Tageszeitungen: Täglich Verkaufte Exemplare seit Jahresanfang. Tägliche Verkaufszahlen (Millionen verkaufte Exemplare)
 Nationale Zeitungen vs. lokale Zeitungen



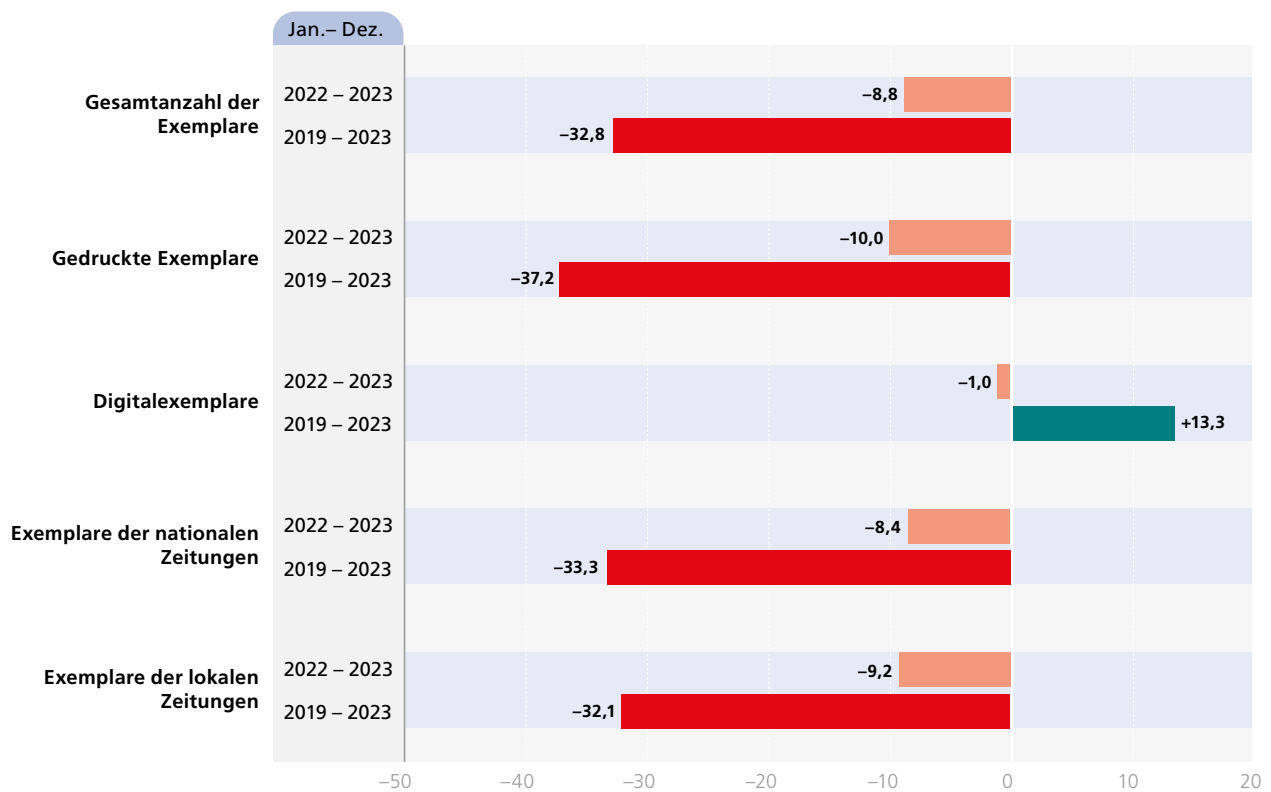
Quelle: Datenverarbeitung Aufsichtsbehörde auf der Grundlage der ADS-Daten

Abbildung 3
Tageszeitungen: Täglich Verkaufte Exemplare seit Jahresanfang. Tägliche Verkaufszahlen (Millionen verkaufte Exemplare)
 Druckexemplare vs. Digitalexemplare



Quelle: Datenverarbeitung Aufsichtsbehörde auf der Grundlage der ADS-Daten

Abbildung 4
Tageszeitungen: Täglich Verkaufte Exemplare seit Jahresanfang. Schwankungen in % (Zeitraum Januar–Dezember)



Quelle: Datenverarbeitung Aufsichtsbehörde auf der Grundlage der ADS-Daten

die die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen auf sich ziehen; die Nachrichten wie (vor allem auf TikTok) erforderlich in kurzen Videos zusammenfassen und dabei die Komplexität der vermittelten Informationen der Logik des Plattformalgorithmus opfern: Dies sind nur einige der Herausforderungen, denen sich traditionelle Medien stellen müssen, um die Nutzer:innen sozialer Medien zu erreichen und somit hoffen zu dürfen, wenigstens einen Teil von ihnen auf ihre eigenen Webseiten zu führen. Laut *Digital News Report* gaben nämlich nur 15% der Befragten an, die Webseiten der Zeitungen direkt aufzurufen, was nur noch deutlicher zeigt, wie sehr es die traditionellen Zeitungen nötig haben, die Nutzer:innen sozialer Medien für sich zu gewinnen. Soziale Medien sind nicht nur das neue Terrain, mit dem sich der traditionelle Journalismus auseinandersetzen muss, es gibt inzwischen auch Nachrichtenseiten, die auf den Plattformen selbst entstanden sind. Dabei handelt es sich um Social-Media-Seiten und Websites, deren Eigentümer und Geldgeber nicht leicht zu ermitteln sind, wodurch es für die Leser:innen schwieriger wird, mögliche Fehlinformationen und Verzerrungen zu erkennen. Dasselbe gilt für die auf den Plattformen tätigen Influencer:innen und politischen Beobachter:innen, die in manchen Fällen für die Verbreitung von Fake News bezahlt werden (auch von ausländischen Mächten). Die Desinformationsverbreitung stützt sich auf den für soziale Plattformen charakteristischen Echokammer-Effekt: Da Nutzer:innen dazu neigen, »Informationsblasen« zu schaffen, die ihre eigene Weltanschauung widerspiegeln und jeglichen Widerspruch ausschließen, können sich Fake News, sobald sie ihren Platz in der Blase haben, widerstandslos verbreiten und innerhalb der Blase selbst sehr glaubwürdig werden. Auch der geschickte Einsatz der jeweiligen Plattform-Algorithmen kann die Verbreitung der Fake News begünstigen: Wer genau weiß, welche Begriffe er zu verwenden hat (bzw. zu vermeiden hat, damit die Inhalte nicht von den Überwachungsmechanismen des jeweiligen sozialen Netzwerks verboten werden), dem steht ein äußerst wichtiges Mittel zur Verfügung, um mit seinen Inhalten das größtmögliche Publikum zu erreichen und die Verbreitungskapazität der hergestellten Fake News exponentiell zu erhöhen. Solche Fragen rücken zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Diskussion in den einzelnen Staaten und auf nationaler Ebene setzen sich Institutionen und politische Kräfte dafür ein, der Online-Verbreitung von Fake News ein Ende zu setzen. Da die Plattformen, um die es geht, jedoch auf der ganzen Welt aktiv sind, ist der Spielraum der einzelnen Staaten nicht sehr groß. Einen ersten Schritt in Richtung Lösung ist das 2022 von der Europäischen Union verabschiedete Gesetz über digitale Dienste, dessen Ziel es ist, den Spielraum der einzelnen Mitgliedsstaaten bei der Bekämpfung von illegalen Inhalten zu vereinheitlichen und zu erweitern, indem den Plattformen Verpflichtungen auferlegt werden.

Was soziale Medien als Nachrichtenquellen angeht, bestehen zwar die genannten Gefahren, doch darf auch nicht übersehen werden, wie sehr sie einer Bevölkerung helfen, die einerseits ein Informationsbedürfnis hat, andererseits aber immer seltener gewillt ist, für dessen Erfüllung zu bezahlen. Aus dem Bericht des *Reuters Institute* geht ferner hervor, dass bloß 10% der Befragten für Online-Nachrich-

ten bezahlen: Ein schwerer Schlag für traditionelle Nachrichtenseiten, die zum Ausgleich der sinkenden digitalen Werbeeinnahmen immer häufiger auf Paywall-Systeme zurückgreifen. Umso bedeutender werden soziale Netzwerke in dieser Zeit des immer leichteren Internetzugangs, wenn es darum geht, der Gesamtbevölkerung einen gleichberechtigten Nachrichtenzugang zu sichern. Gut wäre es jedoch, wenn dies die Tätigkeit traditioneller Zeitungen und deren finanzielle Nachhaltigkeit nicht beeinträchtigen würde.

ZUKUNFTSPROGNOSEN

Aus dem bisher Geschilderten wird deutlich, dass die Medienlandschaft sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Sektor in großen Schwierigkeiten steckt. Diese ergeben sich aus wachsendem Misstrauen, stetigem Leser:innen- und Umsatzverlust sowie immer stärker werdendem Druck seitens der italienischen Politik und Wirtschaft. Mit Blick auf die Zukunft lassen sich jedoch einige Wege aufzeigen, die zu einer Trendumkehrung führen könnten.

Hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird die Frage nach einer Reform der Führungsstruktur der Rai immer wieder diskutiert. Ein Vorschlag, der sich großer Beliebtheit erfreut, ist der einer Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Viele sind der Meinung man könne somit der Einmischung der Politik in die Unternehmensführung endgültig ein Ende setzen. Doch zeigt unsere Analyse des privaten Sektors deutlich, dass nicht einmal die Privatisierung in der Lage wäre, die völlige Unparteilichkeit der Berichterstattung zu sichern, vor allem wenn der Käufer neben dem Besitz der Rai auch weitere finanzielle Interessen haben sollte. Viel sinnvoller erscheint eine radikale Reform der Führungsstruktur der Rai. Den Mitarbeiter:innen sollte ein größeres Mitspracherecht in der Geschäftsführung und bei der Programmgestaltung eingeräumt werden: Daher sollte die Anzahl der von der Personalversammlung bestellten Verwaltungsratsmitglieder zum Nachteil der von der Politik bestellten Mitglieder erhöht werden. Das allein kann natürlich nicht alle Probleme lösen, wäre aber immerhin ein erster Schritt, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor der Einmischung der Politik zu schützen und das verlorene Vertrauen in die Rai wenigstens zum Teil wiederzugewinnen.

Hinsichtlich des privaten Sektors erscheint die Rückkehr zum System der reinen Zeitungsverleger aufgrund der schweren finanziellen Krise der privaten Presse unmöglich. Aber Lösungsvorschläge sollen dennoch aufgezeigt werden: Man könnte etwa mehr Transparenz hinsichtlich der finanziellen Interessen der Verleger und der Arbeitsweise der Zeitungsredaktionen fordern sowie eine entschlossene Vorgehensweise seitens der italienischen Redaktionen bei der Veröffentlichung von Nachrichten, die mit den Interessen der Verleger in Konflikt stehen, wie es etwa in den USA die im Besitz von Jeff Bezos stehende *Washington Post* tat. Weitere erfolgsversprechende Strategien, um die Lage der privaten Presse zu verbessern, sind eine schnelle Anpassung an die sie betreffenden Veränderungen – vom Aufstieg der sozialen Netzwerke bis zum immer größeren Einsatz der künstli-

chen Intelligenz – und die Umsetzung der Hinweise jener Organisationen, die sich mit Informationsfreiheit befassen, wie etwa die bereits genannten *Reporter Ohne Grenzen* bzw. *Reuters Institute*. Auch staatliche und überstaatliche Akteure, wohlwissend um die Gefahren und Chancen der sozialen Plattformen als Nachrichtenquellen, sollten Interesse an einer solchen Zusammenarbeit haben und sich aktiv für die Verbesserung der digitalen und Medienkompetenz der Bevölkerung einsetzen, um den destabilisierenden Wirkungen der Online-Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken. Angebracht wäre auch eine Beschäftigung der Politik mit den Plattformen selbst: Im Zuge des Gesetzes über digitale Dienste sollte man von den Plattformen verlangen, dass sie härter durchgreifen, indem sie von fachkundigen Organisationen betriebene automatische Algorithmen zur Faktenprüfung einsetzen; die Eigentümer der sozialen Netzwerke sollten ferner hinsichtlich der dort zirkulierenden Inhalte stärker in die Verantwortung genommen werden. Rechtsvorschriften wie das 2022 von der Europäischen Union verabschiedete Gesetz, stellen einen entscheidenden Schritt dar, um die Plattformen stärker in die Bekämpfung der Fake-News-Verbreitung einzubinden, etwa durch verschärfte Strafen gegen Autoren.

Solche Maßnahmen könnten das italienische Medienangebot, dessen Probleme sich unmittelbar auf das Niveau der nationalen öffentlichen und politischen Debatte auswirken, verbessern. Zu einem Reformprozess, der diesem immer besorgniserregenderem Zustand ein Ende setzen würde, fehlt jedoch der politische Wille. Jede Verzögerung bewirkt nichts anderes als eine Verschärfung der Probleme, die die italienische Medienlandschaft plagen. Und – mag es heute auch noch so unrealistisch erscheinen – entsteht so auch die konkrete Gefahr, dass sich Italien langsam aber sicher der ungarischen Situation nähert. 90% der ungarischen Medien sind in den Händen von Unternehmern, die Viktor Orban nahe stehen, ein Verstoß gegen Artikel 7 des Lissabon-Vertrags. Ein solches Szenario wäre in Italien heute noch undenkbar, könnte sich aber ohne Weiteres verwirklichen, sollten keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Informationsfreiheit getroffen werden.

REFERENZEN

Reuters Institute for the study of journalism (2024). Digital News Report 2024, Italien: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2024/italy>.

Reporter ohne Grenzen (2024). Press Freedom Global Index: <https://rsf.org/en/index>.

Centre for Media Pluralism and Media Freedom (2023). Monitoring media pluralism in the digital era: application of the media pluralism monitor in the European member states and in candidate countries in 2023. Country report: Italy; <https://cadmus.eui.eu/handle/1814/77006>.

EU-Kommission (2024). Bericht über Rechtsstaatlichkeit, Italien 2024: https://commission.europa.eu/document/download/60d79a4f-49cd-4061-a18f-d3a4495d6485_it?filename=30_1_58066_coun_chap_italy_it.pdf.

Rai-Reform (1975). Gesetz vom 14. April 1975, Nr. 103: <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/1975/04/17/075U0103/sg>.

Rai-Reform (2015). Gesetz vom 28. Dezember; Nr. 220: <https://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2016/1/15/16G00007/sg>.

AGCOM; Osservatorio sulle comunicazioni (Observatorium für Kommunikation) (1/2024). <https://www.agcom.it/sites/default/files/documenti/osservatorio/Osservatorio%20sulle%20comunicazioni%201%3A2024.pdf>.

ÜBER DEN AUTOR

Luca Bagnariol, Master of Arts in Geschichtswissenschaften an der Universität Alma Mater Studiorum in Bologna. Seit acht Jahren in der Redaktion der Zeitschrift *Scomodo* tätig, unter anderem als Redakteur und Ressortleiter. Derzeit verantwortlich für den sich mit der Beobachtung der nationalen und internationalen Medienlandschaft befassenden Newsletter *Parallasse*.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Friedrich-Ebert-Stiftung | Büro Italien
Piazza Adriana 5 | 00193 Rom | Italien

Verantwortlich: Armin Hasemann | Direktor | FES Italien
Piazza Adriana 5 | 00193 Rom | Italien

Tel.: +39-06-82-09-77-90
<https://italia.fes.de/>

Design: pertext, Berlin | www.pertext.de

Kontakt:
info.italy@fes.de

Instagram:
[@fes_italy](https://www.instagram.com/fes_italy)

Twitter:
[@FES_Italia](https://twitter.com/FES_Italia)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2025



INFORMATIONSFREIHEIT IN ITALIEN

Das Krisenjahr 2024 und die Zukunftsprognosen



Zu den wichtigsten Fragen, die 2024 in Italien öffentlich diskutiert wurden, gehört die nach dem Zustand der Informationsfreiheit.



Aus Skandalen und Vorfällen, die die Rai (Italienischer Rundfunk – ausschließlicher Konzessionsnehmer für die Erfüllung der öffentlichen Rundfunkaufgabe) sowie die private Presse betrafen, ging hervor, dass das nationale Medienangebot aufgrund seiner jetzigen Struktur Gefahr läuft, immer stärker unter den Druck der Politik und der italienischen Wirtschaftskrisen zu geraten.



Aus internationalen Berichten wird deutlich, dass die Leser:innen gegenüber den nationalen Medien, die sich insgesamt ohnehin bereits in einer finanziellen Krise befinden, zunehmend misstrauischer werden. Nur wenn sich umfassende Reformen mit den Problemen der nationalen Medienlandschaft auseinandersetzen, kann die Lage besser werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
italia.fes.de